

Königliches Polizei-Präsidium.
Magdeburg, den 13. September 1890
Geh. Journ. Nr. 106

An den Königlichen Regierungs-Präsidenten Herrn Grafen Baudissin
Hochgeboren Hier

Betrifft den Stand der sozialdemokratischen Bewegung

Verfügung vom 25. Februar 1888 – Nr. 421 Pr.

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Rep C28 Ia Nr. 860, Bd. 2, Bl. 212–223

Euer Hochgeboren beehre ich mich im Anschluss an meinen Bericht vom 18. März dieses Jahres – Geh. Nr. 71 – gehorsamst Folgendes vorzutragen:

Zur Reichstags-Nachwahl am 20. März d. Js. sind seitens der hiesigen Sozialdemokraten noch erhebliche Anstrengungen gemacht worden. Selbst der Abgeordnete BEBEL¹, der auf die sozialdemokratische Bewegung in *Magdeburg*, wegen der vielfach hier hervorgetretenen Differenzen, nicht gut zu sprechen war, hat noch einige Tage vor dem Wahltermin in einer großen Volksversammlung Propaganda für den Kandidaten Schuhmacher und Redakteur BOCK aus *Gotha* gemacht, nachdem er sich vorher damit gebrüstet hatte, dass sein Auftreten noch immer von dem gewünschten Erfolg begleitet gewesen sei.

BOCK² ist am 20. März mit 18.455 Stimmen gewählt worden, einer Zahl, die die Erwartungen der hiesigen sozialdemokratischen Führer weit übertroffen hat.

Bald nach dem Wahltage ist die Agitation zur Feier des 1. Mai wieder aufgenommen, und es haben namentlich die radikaleren Elemente geglaubt, dass die Erfolge der Wahlen für die Art der Maifeier bestimmend sein würden. Der auch für *Magdeburg* in Aussicht genommene Arbeiterruhe- und Feiertag sollte eine Massendemonstration werden für den 8-stündigen Normalarbeitstag. In allen Versammlungen hat damals dieser Plan eine begeisterte Annahme gefunden, und einzelne Einwendungen, welche der Durchführung derselben ab und zu entgegen gesetzt wurden, sind unbeachtet geblieben. Es ist damals wiederholt in fast allen Versammlungen betont, dass der 1. Mai ein Feiertag „von Arbeiters Gnaden“ werden müsse. Aber der Beschluss der Reichstagsfraktion, der eine weise Mäßigung empfahl, hat bei vielen Sozialdemokraten ihre erste Ansicht ins Wanken gebracht und in die Partei Verwirrung und Unentschlossenheit gebracht. Vielfach hat dieser Beschluss Anlass zu missliebigen Bemerkungen gegen die Ratschläge der Fraktion gegeben. Die ruhigeren Elemente haben sich indessen gefügt, wie sie meinten: um keine Differenz, die der allgemeinen Sache schaden könnte, aufkommen zu lassen.

Die verunglückte Maifeier ist darauf fortgesetzt Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen, die darin gipfelten, dass der Reichstagsfraktion der Vorwurf der Nachlässigkeit und Mutlosigkeit gemacht werden müsse; der Nutzen, den man aus dem Wahltage habe ziehen können, sei zunichte gemacht und die Verwirklichung des 8-stündigen Arbeitstages in weite Ferne gerückt worden. Die Unzufriedenheit mit der Fraktion, namentlich mit dem Abgeordneten BEBEL, steigerte sich, als seine Äußerung bekannt wurde, nach welcher den Genossen in Deutschland nach den Wahlen der Kamm geschwollen sei, und mit frivolen Streiks vorgegangen würde.

Die hierdurch gebildete Opposition des Wahlkreises hat es trotz Abratens des Abgeordneten BEBEL durchgesetzt, dass in *Magdeburg* ein Parteiorgan – die vom 1. Juli d. J. ab täglich erscheinene „*Volksstimme*“ – aus den bei den Wahlen übrig gebliebenen Geldern gegründet wurde. Die Zeitung, welche der radikalen Gesinnung Geltung verschaffen sollte, ist der Vorsicht halber unter eine Kontroll-Kommission gestellt, die in erster Linie dafür Sorge tragen sollte, dass das Blatt nicht noch dem Sozialistengesetz³ verfallende. Der zur Leitung berufene Redakteur MÜLLER⁴, ein noch junger, der Partei erst kurze Zeit angehöriger Mann mit akademischer Bildung, hat es versucht, im Sinne der Opposition und nach dem Muster der radikal gehaltenen, in *Berlin* erscheinenden „*Volkstribüne*“, deren Mitarbeiter er früher war, zu schreiben. Die Kommission hat indes bald eine gemäßigttere Färbung verlangt und durchgesetzt, wodurch dem Unternehmen eine erhebliche Anzahl Abonnenten verloren ging. Der demnächst entstandene Konflikt zwischen der *Volksstimme*, der *Sächsischen Arbeiter-Zeitung* und den radikalen Genossen einerseits und dem Abgeordneten BEBEL andererseits, welcher für *Magdeburg* mit dem Wechsel des Redaktionspersonals und des Verlegers der *Volksstimme* endete, hat abermals die Abonnentenzahl vermindert. Indessen werden gegenwärtig immer noch 5000 Exemplare hergestellt.

¹ August BEBEL (1840-1913): Drechsler aus Wetzlar, Mitbegründer und langjähriger Parteivorsitzender der deutschen Sozialdemokratie.

² Wilhelm Bock (1846-1931): Schuhmacher aus Großbreitenbach (Thüringen), 1873 Vorsitzender der internationalen Gewerksgenossenschaft der Schuhmacher. Herausgeber und Redakteur div. Gewerkschafts- und sozialdemokratischer Blätter. 1890-1893 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Magdeburg.

³ Am 21. Oktober 1878 trat das sogenannte „Sozialistengesetz“ in Kraft, wonach Vereine, Versammlungen, Druckschriften usw., „welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken“, verboten wurden. Im Januar 1890 vom Reichstag nicht mehr verlängert, lief das Gesetz im September desselben Jahres aus.

⁴ Hans MÜLLER (1869-?): Redakteur aus Rostock. Nach seinem Studium in Zürich führender Vertreter der Bewegung der „Jungen“ in der Sozialdemokratie. 1890 Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“. 1891 Emigration in die Schweiz, dort bei den „Unabhängigen Sozialisten“ aktiv.

Aus Veranlassung jenes Konfliktes ist der Abgeordnete BEBEL selbst hier anwesend gewesen und hat in einer großen Volksversammlung⁵ das Verhalten der Fraktion hinsichtlich der Maifeier, sowie seine eigene Politik den sogenannten „jungen Heißspornen“ gegenüber eingehend motiviert. Dabei hat er den von der Opposition heftig angegriffenen Organisationsentwurf für die Sozialdemokratie nach dem 1. Oktober d. J., in welchem auch die hiesigen radikalen Elemente den demokratischen Sinn vermissen und eine Diktatur der Reichstagsfraktion vermuten, lebhaft verteidigt.

Wenngleich im Wahlkreise immer noch die Anhänger der Bebel-Liebknichtschen Richtung die überwiegende Mehrheit haben, so ist doch die Zahl der Radikalen nicht zu unterschätzen, und es ist mit Sicherheit vorauszusagen, dass sich ihr Einfluss auf die hiesige Bewegung bald geltend machen wird.

Die Ersteren sind die sogenannten Alten, die vor dem Ausnahmegesetz⁶ sich bereits zur Partei bekannten. Zu den Letzteren zählen zumeist diejenigen Elemente, die unter dem Gesetz Sozialdemokraten geworden sind und der Ansicht huldigen, dass den vielen Reden endlich die Taten folgen müssten.

Die radikale Richtung wird namentlich vertreten durch den Allgemeinen Arbeiter-Verein im Stadtteil *Sudenburg*. Derselbe hat sich namentlich am 1. Mai durch sein demonstratives Verhalten und durch sein Auftreten bei der Lassalle-Feier⁷ am 31. August d. J. in gedachter Richtung gekennzeichnet. Die Tätigkeit dieses Vereins lässt vermuten, welche Bahnen die Sozialdemokratie in *Magdeburg* fernerhin gehen wird. Die revolutionären Gesinnungen des Vereins gehen deutlich hervor aus dem zur Lassalle-Feier zur Verteilung gekommenen brutalen Liede, dessen Beschlagnahme auf Grund des § 130⁸ des Strafgesetzbuches gerichtlich bestätigt ist. Ein Exemplar desselben erlaube ich mir gehorsamst beizufügen.

Gelegentlich der Beschlagnahme dieses Liedes in einer Versammlung ist den diesseitigen Beamten schroff und frech entgegengetreten, es sind ihnen Schimpfworte zugerufen und Drohungen laut geworden.

Auch bei anderen Gelegenheiten haben die Sozialdemokraten trotzend ihre Macht zu erkennen gegeben, und in einem Falle ist sogar nachdem eine Versammlung in *Sudenburg* auflösenden Beamten mit Steinen geworfen.

Gemäßigter hat sich zur Lassalle-Feier der Arbeiter-Bildungs-Verein „Marx“ verhalten. Auf dem von demselben veranstalteten, von etwa 1000 Personen besucht gewesenem Fest sind Prologe nach beifolgendem Muster zur Verteilung gekommen.

In der Berichtszeit ist auch der Anfang gemacht worden, eine sozialdemokratische Frauenbewegung ins Leben zu rufen. Die aus derselben Veranlassung in *Berlin* bekannt gewordene Frau Apotheker IHRER⁹ aus *Velten* hat in mehreren hiesigen öffentlichen Versammlungen gesprochen und die Tendenzen der Sozialdemokratie entwickelt. Zunächst ist geplant, die Frauen zur Teilnahme an sämtlichen öffentlichen Versammlungen zu veranlassen. Eine gewählte Frauen-Kommission soll sich mit der Sammlung von Material zur Aufstellung einer Arbeits-Statistik beschäftigen. Die Mitglieder dieser Kommission sind Frauen hiesiger sozialdemokratischer Agitatoren. Die Frauenbewegung steht mit der sozialdemokratischen Agitation überhaupt in engstem Zusammenhange.

Die Gewerkschaftsbewegung ist gegenwärtig fast vollständig identisch mit der politischen Agitation der Sozialdemokratie. Beide ergänzen sich gegenseitig, und durch die weiter vorgeschrittene Durchbildung der Vereine ist die früher geheime Organisation überflüssig geworden, wenigstens ist die Tätigkeit einer solchen in *Magdeburg* in der Berichtszeit nicht mehr zu beobachten gewesen.

Der Verkehr der Gewerkschaftsvereine mit der in meinem letzten Bericht bereits erwähnten General-Kommission als selbständigem politischen Vereins an der Spitze hat bereits Veranlassung gegeben, gegen 15 hiesige Vereine auf Grund des § 8 des Vereins-Gesetzes¹⁰ gerichtlich einzuschreiten. Vor einiger Zeit ist gegen 50 Vorsteher und Leiter Anklage erhoben worden. Neu gegründet ist in der Berichtszeit – außer dem bereits genannten „Bildungs-Verein Marx“ – der „Stadtfelder Allgemeine Arbeiter-Verein“, der „Verein zu Förderung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter in der Neustadt“ und die „Freie Vereinigung der Maurer“. Der Verein der Bauhandwerker ist, weil als unpraktisch anerkannt, aufgelöst worden.

Die genannten Vereine huldigen in der Hauptsache rein sozialdemokratischen Tendenzen und werden von Agitatoren geleitet.

Nach dem 1. Oktober d. J. denkt man mit der Bildung großer allgemeiner Arbeiter-Vereine in der Altstadt vorzugehen. Ferner wird geplant, die einzelnen Gewerkschaften noch enger aneinander zu schließen, einerseits, um den Unternehmerverbänden die Spitze bieten zu können, andererseits, um Spaltungen zu verhüten, wie sie bei unvorsichtigen Arbeitseinstellungen auch hier vorgekommen sind.

⁵ Am 13. August 1890 im Schlossgarten. Vor rund 3000 Zuhörern hielt BEBEL eine Rede gegen die Opposition und deren Unterstützung durch die Magdeburger „*Volksstimme*“. Deren Redakteur, Hans MÜLLER, verteidigte die Kritik an den Zuständen in der Partei. Schließlich wurde mit ca. Zweidrittelmehrheit die Resolution BEBELS angenommen, in der die *Volksstimme* aufgefordert wird, jegliche Polemiken gegen die Fraktion einzustellen.

⁶ Gemeint ist das „Sozialistengesetz“ – siehe dazu Anmerkung 3.

⁷ Aus Anlass des Todestages von Ferdinand Lassalle am 31. August 1864, dem Begründer und Führer des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV), fanden in ganz Deutschland regelmäßig Gedenkfeiern der Sozialdemokraten statt.

⁸ § 130: Gefährdung des „öffentlichen Friedens“ durch öffentliche Anreizung zu Gewalttätigkeiten zwischen den verschiedenen (Gesellschafts-)Klassen.

⁹ Emma IHRER (1857-1911): Tochter einer kleinbürgerlichen, streng katholischen Familie aus Glatz/Schlesien. Zunächst in der bürgerlichen Frauenbewegung aktiv, stieß sie 1883 in Berlin zur Sozialdemokratie. Sie war eine vielgereiste Rednerin auf gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Versammlungen und eine der Begründerinnen der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland.

¹⁰ Nach § 8 des preußischen Vereinsgesetzes war es Frauen verboten, politische Themen zu erörtern.

Der gegenwärtige Stand der sozialdemokratischen Bewegung in *Magdeburg* lässt sich nach dem Gesagten und nach dem, was über die Zukunft derselben bekannt geworden ist, wie folgt charakterisieren:

Die Sozialdemokratie in *Magdeburg* glaubt, auch das Ausnahmegesetz siegreich überwunden zu haben und erklärt, dass sie stolz auf diesen Sieg sei und heute mächtiger, denn je zuvor, zu weiterem Kampf bereit und gerüstet dastehe, immer weiteren Boden gewinnend und immer weitere Kreise ihren Ideen und ihrem Einfluss dienstbar machend. Tatsächlich hat die Partei hier eine außerordentliche Machtstellung gewonnen. Die augenblicklich bestehenden Differenzen haben, da sonst die Ziele und Anschauungen der beiden Richtungen unter den Sozialdemokraten im Wesentlichen dieselben sind, nur in den Fragen der Taktik ihren Grund. Es reiben sich gegenwärtig die Vorsichtigen mit den Heißspornen. Die Zurückhaltung der Ersteren beruht zweifellos auf der Erkenntnis, dass die Revolutionsaat noch nicht reif zur Ernte sei, dass erst noch weitere Bataillone durch kluge Propaganda herangezogen werden müssen, ehe ein offener Schlag gewagt werden kann. Es handelt sich zunächst noch darum, die halb gewonnenen Anhänger, die den letzten Zielen der Sozialdemokratie noch zaudernd gegenüber stehen, vorsichtig zu bearbeiten. Ferner – und dies ist namentlich die vom Abgeordneten BEBEL hier vertraulich bekannt gegebene Meinung – ist es den sozialdemokratischen Führern vollkommen bewusst, in welcher Weise Seine Majestät der Kaiser und König einer zu offenen Gewalttätigkeiten übergehenden Umsturzbewegung entgegentreten würden. Sie halten es daher für unklug, den Weg der Gewalt früher zu beschreiten, als bis sie eine Armee von Parteigängern hinter sich zusammen gebracht haben, deren Stärke ihnen den Erfolg zu verbürgen scheint.

Die Andeutungen der hiesigen Führer in der General-Kommission, dass man den 1. Oktober¹¹ erst abwarten müsse, um seine Meinung frei aussprechen zu können, lassen keinen Zweifel darüber, was allgemein von der sozialdemokratischen Bewegung hier zu erwarten ist.

Die Presse, in welcher auch die Sozialdemokraten in *Magdeburg* eine Hauptwaffe erblicken, hat in der Berichtszeit eine immer radikalere Färbung angenommen. Die Fachzeitungen, welche hier dieselben geblieben sind, haben sich dieser Strömung angeschlossen.

Die Vereins-Versammlungen, die von den Vereinen einberufenen öffentlichen Versammlungen und die sonstigen öffentlichen Volksversammlungen haben sich außerordentlich vermehrt. Unter dem Deckmantel, das geistige und materielle Wohl ihrer Mitglieder zu pflegen, treiben die meisten dieser Vereine Politik unter der Leitung sozialdemokratischer Agitatoren, und es werden in ihnen die Arbeitnehmer planmäßig gegen die Arbeitgeber verhetzt.

Zur Hebung der Solidarität und Herbeiführung gleichmäßigeren Vorgehens haben im verflossenen halben Jahr stattgefunden Kongresse der Metallarbeiter, Former, Klempner, Feilenhauer, Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter, der Arbeiter in Königlichen Eisenbahnwerkstätten, der Schuhmacher und Schneider, die sämtlich von hiesigen Delegierten beschickt gewesen sind.

Geldsammlungen haben für die Gemaßregelten in *Hamburg*¹² und die Ausständigen in anderen Orten stattgefunden. Überhaupt hat die Opferwilligkeit der Sozialdemokraten hierselbst nicht nachgelassen.

Aufgelöst sind auf Grund des Sozialistengesetzes in der Berichtszeit zwei Versammlungen. Ebenso wurden die beiden zur Verherrlichung des Arbeiter-Feiertages am 1. Mai einberufenen Volksversammlungen verboten.

Zu Ausschreitungen ist es gelegentlich des Pfingstausfluges der Sozialdemokraten nach dem *Biederitzer* Busche und bei einigen Arbeitseinstellungen gekommen.

Bestrafungen auf Grund des Sozialistengesetzes sind nicht zu verzeichnen. Gegenwärtig schwebt eine Untersuchung wegen Verbreitung verbotener sozialdemokratischer Schriften.

Die beiden Personen, welche auf dem Breiten Weg die rote Fahne am 1. Mai haben anbringen wollen, sind mit 6 Monaten Gefängnis nebst 4 Wochen Haft der Eine, und mit 3 Monaten Gefängnis der Andere bestraft worden.

Weitere Schritte zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes seitens der Arbeitgeber, als in meinem Bericht vom 6. September 1889 – Geh. Nr. 40 – angeführt, sind nicht zu verzeichnen. Es muss indes hervorgehoben werden, dass eine allgemeine Aufbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeiten stattgefunden hat, und dass in dieser Beziehung sehr viel geschehen ist, um die Arbeiter zufrieden zu stellen.

Der Polizei-Präsident

Keßler

¹¹ Tag des Auslaufens des „Sozialistengesetzes“ – siehe dazu Anmerkung 3.

¹² Mit den „Gemaßregelten in Hamburg“ sind die seit dem 1. Mai streikenden bzw. ausgesperrten dortigen Arbeiter gemeint. Zu ihrer Unterstützung wurden reichsweit über eine halbe Million Mark an Unterstützungsgeldern aufgebracht.